

## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig teilt mit, dass die Haushaltsreden in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen gehalten werden.

Die einzelnen Reden sind in den Anlagen 1-6 zu dieser Niederschrift zu finden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bedankt sich nach den Reden bei den Fraktionen von SPD, CDU und Freier Bürgergruppe für die in Aussicht gestellte Zustimmung zum Haushalt 2012. Er führt aus, dass dadurch eine ansonsten drohende schwierige Situation vermieden werden könne und zugleich eine Chance gegeben werde, das vorgenommene umzusetzen. Dazu gehöre auch im Dezember dieses Jahres den Haushalt für das Jahr 2013 zu beraten.

Hinsichtlich der Ablehnung des Haushaltes durch die Fraktionen von BIZ, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, vorwiegend mit der Begründung Zentralplatz, verdeutlicht er, dass eine mehrheitliche Ablehnung des Haushaltes durch den Stadtrat nichts an der Existenz der geschlossenen Verträge am Zentralplatz ändere. Es sei daher keine realpolitische Option kurz vor Fertigstellung des Zentralplatzes, den Haushalt abzulehnen.

Im Folgenden geht Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig kurz auf die einzelnen Redner ein.

Er führt aus, dass ihn die Kritik von Rm Scherhag (CDU) hinsichtlich des langsamen Tempos der Sparbemühungen voller Hoffnung für die gemeinsame Arbeit in der HSK stimme, da die Fraktionen ab April das Tempo dort mitbestimmen könnten.

Rm Scherhag (CDU) habe gefragt, wann mit den strukturellen Maßnahmen begonnen werde. Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erläutert, dass damit bereits im vergangenen Jahr mit der 3 Mio. Euro Einsparliste begonnen worden sei.

Dies werde nun sehr viel konzentrierter mit dem 17-Punkte Programm fortgesetzt. Man stehe nun am Anfang einer mittelfristigen Haushaltskonsolidierung, der fortgesetzt werden müsse. Der 17-Punkte Liste für das Jahr 2012 werden, so Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig, aus seiner Sicht ca. 100 Punkte für die Jahre 2013-2016 zu folgen haben, um zu einem Ergebnis kommen zu können.

Er verweist darauf, dass Rm Scherhag (CDU) in seiner Rede vorgeworfen habe, dass die Verwaltung beim Thema Steuererhöhungen sehr kreativ sei und dies mit der CDU nicht zu machen sei. In ihrem 10-Punkte Programm des vorigen Jahres fordere die CDU allerdings unter Punkt 10 ebenfalls neben der Untersuchung von Einsparpotentialen eine intensive Prüfung von höheren und neuen Einnahmemöglichkeiten für die Stadt Koblenz.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig attestiert Rm Langner (SPD) hinsichtlich dessen Rede weitgehende Übereinstimmung, merkt allerdings an, dass einer Auffassung der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz in erster Linie als Mahnung an den Bund, der Tenor des Urteils entgegenstehe. Hierzu zitiert er u.a. Ziffer 1 der Leitsätze des Urteils vom 14. Februar.

In Verbindung mit diesem Urteil erhoffe er sich ab 2014 eine deutlich bessere Finanzausstattung der Kommunen.

Zur strittigen Frage des Wirtschaftslotsen merkt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig an, dass diese Aufgabe keineswegs aufgegeben werde. Sie werde aus seiner Sicht vielmehr dadurch

gestärkt, dass die Aufgabe durch den Amtsleiter des Amtes für Stadtentwicklung und Bauordnung persönlich übernommen werden solle.

Letztlich stellt er zur Frage der Kürzungen bei der VHS dar, dass man nach weiterer Prüfung in der Verwaltung zu der Feststellung gekommen sei, dass man bei Umsetzung dieses Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses nicht an den Stellen sparen könne, an denen man sparen solle. Aus diesem Grund habe er auch Verständnis für den gestellten Änderungsantrag. Er verbinde dies aber, sofern der Änderungsantrag angenommen werde, mit der Maßgabe, dass er dies als Kämmerer mit einer Sperre verbinde, sodass in der Volkshochschule nicht einfach weiter gemacht werden könne wie bisher. Es müsse in diesem Zusammenhang eine Überprüfung bestimmter „paradieshafter Angebote“ erfolgen um den angestrebten Zielerreichungsgrad realisieren zu können.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig äußert gegenüber BIZ-Fraktionsvorsitzendem Wefelscheid, dass dieser formell Recht habe, wenn er die zusätzlichen Mittel in Höhe von 1 Mio. Euro für die BUGA-Nachpflege vor dem Hintergrund des Eckwertebeschlusses kritisiere. Die Entscheidung dafür habe allerdings der Stadtrat getroffen.

Diese schon äußerst knapp berechneten Mittel seien dringend notwendig, um die zusätzlichen Flächen nach der BUGA auf einen ordentlichen Standard bringen zu können. Er plädiere nachdrücklich dafür, den Haushalt mit dieser zusätzlichen Million zu akzeptieren.

Dazu gehörten auch die zum Thema Koblenz-Touristik angesprochenen Punkte. Touristen kämen nicht, um „tote Steine“ zu betrachten, sondern es müsse etwas im Umfeld geboten werden. Hier habe die Koblenz-Touristik ein faszinierendes Programm für die Zukunft aufgelegt.

Bezüglich der angesprochenen Meilensteine für den Haushalt 2012 erläutert Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig, dass man diese mit dem Eckwertebeschluss sicher erreicht habe, womit man aber nicht am Ende sei. Die eigentlichen Meilensteine für die Jahre 2013-2016 habe man jetzt vor sich. Damit gelte es sich im nächsten halben Jahr zu beschäftigen.

Hinsichtlich der Förderzusage des Landes über 6,6 Mio. Euro für den Zentralplatz habe BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid sich nur auf einen Teilsomme der insgesamt zu erwartenden Zuschüsse bezogen. Es werde derzeit mit insgesamt ca. 15 Mio. Euro Zuschüssen für den Zentralplatz und die angrenzenden Bereiche gerechnet.

Ferner habe er unter Bezug auf das Jahr 2013 die Forderung aufgestellt, das Budget bei den Personalkosten einzufrieren.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verweist darauf, dass man bei einem solchen Vorgehen keine Einsparungen erzielen könne. Um bei den Personalkosten sparen zu können, müsse man weniger Stellen besetzen. Genau dies sehe der Eckwertebeschluss auch vor. So seien im Jahr 2012 weniger Stellen als 2011 besetzt und ab dem Jahr 2013 werde jede zweite frei werdende Stelle nicht mehr wiederbesetzt. Hier sei Disziplin und gegenseitiges Vertrauen unbedingt erforderlich.

Abschließend gibt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig gegenüber BIZ-Fraktionsvorsitzendem Wefelscheid zu verstehen, dass er dessen Anregung zu einer vollständigen Aufgabenerhebung durch Erstellen von Aufgabenkatalogen und Überprüfung für nicht zielführend und leistbar halte. Man habe im Verwaltungsbereich nur dann die Möglichkeit Einsparungen zu erzielen, wenn man alle Ebenen einbinde und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter es als Teil ihrer Aufgabe verstünden, auch Einsparungen zu erzielen.

Zur Ablehnung des Haushaltes durch Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) die er mit Abschreibungen und Zinszahlungen am Zentralplatz begründe, merkt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig an, dass diese Begründung auch für die kommenden Jahre gelte und man

sich realpolitisch mit den gegebenen Umständen befassen müsse. Es habe im Jahr 2005 einen einstimmigen Beschluss des Stadtrates zur Umgestaltung des Zentralplatzes gegeben, der in den Jahren 2009 und 2010 konkretisiert und angepasst worden sei. Seitdem seien die Entscheidungen getroffen, die nun finanziert werden müssten. Man könne nicht dauerhaft eine demokratische Entscheidung als Begründung für die Ablehnung des Haushaltes nutzen.

Zur Anregung eine Kulturabgabe zur Finanzierung des Zentralplatzes einzuführen verweist Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig darauf, dass dies rechtlich nicht zulässig sei.

Hinsichtlich der Feststellung von Rm Bordelle (FDP), dass in der Verwaltung kein wirklicher Sparwille vorhanden sei und der Kämmerer in der Verwaltung nicht verstanden werde, führt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig aus, dass er sich in der Verwaltung sehr wohl gut verstanden fühle. Das Sparen sei allerdings erheblich schwieriger als viele es sich vorstellten. Grund dafür sei, dass die meisten Posten des Haushaltes rechtlich gebunden seien und vieles des rechtlich nicht gebundenen, ausdrücklich vom Stadtrat gewünscht sei. Deshalb komme es jetzt darauf an, Kreativität zu mobilisieren, das, was gemacht werden müsse, mit weniger Aufwand zu machen und tatsächlich verzichtbares aufzugeben.

Ferner verweist Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig darauf, dass ein Vergleich mit der Wulff-Affäre mit dem Stadtrat nicht angemessen sei.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stimmt FBG-Fraktionsvorsitzendem Gniffke hinsichtlich dessen Aussage, dass bei den Überprüfungen kein Bereich ausgelassen werden dürfe und man feste Grundsätze brauche zu, fragt sich allerdings, ob es nötig sei, Personalüberprüfungen in dem angesprochenen Fall zu personalisieren.

Er merkt darüber hinaus an, dass Teile der von FBG-Fraktionsvorsitzendem Gniffke gemachten und für sich reklamierten Vorschläge sich bereits in der Umsetzung befänden und Allgemeingut seien. So würden bspw. auch alle Versicherungsverträge überprüft.

Zur Diskussion um das Gauklerfest verweist er auf die bereits erfolgten Diskussionen im Werkausschuss Koblenz-Touristik und darauf, dass diese dort fortgeführt würden.

Rm Scherhag (CDU) stellt dar, dass die CDU-Fraktion nicht grundsätzlich gegen neue und höhere Einnahmemöglichkeiten sei, man habe z.B. der Zweitwohnungssteuer zugestimmt. Man sei allerdings kritisch im Belasten der Koblenzerinnen und Koblenzer, weshalb man nach Einnahmemöglichkeiten, wie z.B. der Wasserraumbewirtschaftung, suche, die diese nicht belasteten.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid weist darauf hin, dass die Forderung einer Erstellung von Aufgabenkatalogen nicht von ihm stamme, sondern dem Personalentwicklungskonzept der Verwaltung aus der letzten Wahlperiode entnommen sei.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig äußert, dass er es dennoch aus pragmatischen Gesichtspunkten für sinnvoller halte sich zwar mit den einzelnen Ämtern zu beschäftigen, um zu analysieren, wo etwas verzichtbar sei, es aber nicht für sinnvoll erachte, das vorhin beschrieben zu tun.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke führt aus, dass er nicht gesagt habe, dass die FBG die Forderung gestellt habe, die Versicherungsverträge zu überprüfen, sondern nur, dass es seiner Fraktion aufgefallen sei.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig teilt mit, dass sowohl ein Antrag der CDU-Fraktion als auch der SPD-Fraktion zur Zuschussgewährung an das Fastnachtmuseum vorliegen.

Der Antrag der CDU-Fraktion beabsichtigt den Zuschuss des vergangenen Jahres i.H.v. 2.380 Euro erneut im Haushalt 2012 einzustellen, der Antrag der SPD-Fraktion sieht eine Zuschussgewährung i.H.v. 2.000 Euro vor.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer spricht sich angesichts von Investitionen i.H.v. über 200.000 € seitens des Vereins in das Museum für die Einstellung eines Zuschussbetrages von 2.380 Euro aus. Ferner seien über 40 Vereine in diesem Museum engagiert.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann erläutert, dass es sich bei dem Gebäude um städtisches Eigentum handle und man somit mit dem Zuschuss in ein städtisches Gebäude investiere, das neben dem Zuschuss allein durch den Verein unterhalten werde. Diese Erläuterungen hätte sie sich schon in den Ausschussberatungen gewünscht. Sie verweist darauf, dass es keine unbegründeten Haushaltspositionen geben dürfe.

Da in allen Bereichen gekürzt werden müsse, beantrage man einen Zuschussbetrag i.H.v. 2.000 Euro.

Der weitergehende Antrag der CDU-Fraktion wird bei Ja-Stimmen der CDU und Gegenstimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der übrigen Fraktionen mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU (Enthaltung eines Ratsmitgliedes) bei Gegenstimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FBG bei Enthaltung der Fraktionen von BIZ und FDP mehrheitlich angenommen.

Die SPD-Fraktion beantragt weiterhin, die Einstellung von Mitteln i.H.v. 50.000 Euro für das Vorhaben „Nachtfahrverbot Altstadt“.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann führt dazu aus, dass dies kein neues Projekt sei, sondern in jedem Jahr nur mit einem Poller fortgesetzt worden sei. Dies solle man, da man nun auch über das Thema Fußgängerzone Entenpfuhl spreche, weiterverfolgen.

FDP-Fraktionsvorsitzende Hoernchen fragt, wo genau der Poller installiert werden solle und bittet um entsprechende Erläuterung seitens der Verwaltung.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann schlägt, um einer Sachdiskussion vorzubeugen, vor, den Beschluss mit einem Sperrvermerk zu versehen und den genauen Standort im Haupt- und Finanzausschuss zu diskutieren. Sie hält eine genaue Erläuterung in der Etat-Sitzung des Stadtrates nicht für zielführend.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke teilt mit, dass der Poller „An der Danne“ am Dreikönigenhaus gemäß Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss Priorität habe.

Der Antrag zur Einstellung von Mitteln i.H.v. 50.000 Euro für das Vorhaben „Nachtfahrverbot Altstadt“ wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FBG bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion und eines Mitgliedes der FDP-Fraktion bei Enthaltung der übrigen Ratsmitglieder mehrheitlich angenommen.

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses zur „Kürzung der Mittel für die VHS i.H.v 30.000 Euro ohne vorherige Prüfung“ zurückzunehmen. SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann erläutert, dass man in den Haushaltsberatungen dargestellt habe, dass man auch bei der VHS genauer hinsehen müsse. Auch wenn ihrer Fraktion der Bildungsauftrag der VHS wichtig sei, müsse man zukünftig über Angebote betriebswirtschaftlicher nachdenken, als in der Vergangenheit. Man sei überzeugt, dass die anstehende Prüfung, für die die VHS drei Monate Zeit habe, zu einer Verbesserung der Finanzsituation führen werde. Die beschlossene pauschale Kürzung um 30.000 Euro halte ihre Fraktion jedoch nicht für zielführend, da das Programm der VHS für dieses Jahr bereits veröffentlicht und gedruckt sei. So könne man keine neuen Teilnehmergebühren mehr festsetzen oder das Angebot ändern.

Man halte es daher für sinnvoll, die Ergebnisse der Überprüfung abzuwarten und entsprechende Änderungen im Programm für das Jahr 2013 zu berücksichtigen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig schlägt vor, sofern der Antrag der SPD-Fraktion angenommen werde, die 30.000 Euro im Haushalt zu sperren und, dass nach sorgsamer Abarbeitung der Prüfaufträge der Haupt- und Finanzausschuss über die Freigabe entscheiden solle. So werde auch dem Anliegen des Beschlusses aus den Etatberatungen Rechnung getragen, die „Paradiesvogel-Angebote“ zu streichen ohne, dass eigentlich unverzichtbare Angebote nicht mehr finanzierbar seien.

Rm Scherhag (CDU) führt aus, dass man im Haupt- und Finanzausschuss auf Basis der vorläufigen Zahlen des Jahres 2010 diskutiert habe und der Betrag von 30.000 Euro auf den sich daraus ergebenden Eckwerten basiere. Es handele sich daher nicht um eine pauschale Kürzung um 30.000 Euro, da das Ergebnis des Jahres 2010 für den Haushalt 2012 annähernd festgeschrieben worden sei.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bittet zu bedenken, dass der Betrag von 30.000 Euro nicht durch eine Aufgabenmehrung entstanden sei, sondern durch Personalkostensteigerungen und, wie im Haupt und Finanzausschuss erläutert, durch eine Systemumstellung bei der Einbeziehung der Lohnnebenkosten bedingt sei, die nun erstmals mit eingerechnet seien.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer führt aus, dass ein Betrag i.H.v. 331.000 Euro, der als nicht gebundene Ausgaben der VHS ausgewiesen worden sei, Grundlage der Diskussion gewesen sei. Sie verweist darauf, dass man bei der durch den Oberbürgermeister nun vorgeschlagenen Vorgehensweise mit einer Fußnote dies auch bei anderen Positionen machen könne. Sie könne den Kompromissvorschlag verstehen, allerdings sei gegenüber anderen Positionen keine Gleichbehandlung mehr gegeben.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann stellt dar, der Unterschied zu anderen Einrichtungen bestehe darin, dass das Programm der VHS bereits geplant und mit dem ursprünglichen Ansatz kalkuliert sei. Die Kursgebühren könnten nun, nach Druck des Programms, nicht mehr angepasst werden.

Rm Diehl (CDU) meint, es könne nicht sein, dass man angesichts der unterjährigen Planungsintervalle der VHS hier nicht sparen könne. Sämtliche Maßnahmen stünden unter dem

Vorbehalt des Haushaltsbeschlusses des Stadtrates und dementsprechend müssten die Einsparungen dann bspw. mit dem neuen Programm ab Herbst realisiert werden.

Beigeordneter Knopp stellt auf Nachfrage von BIZ-Fraktionsvorsitzendem Wefelscheid dar, dass die Kostensteigerungen, wie bereits erwähnt, durch eine Anpassung der Personalkostenberechnung bedingt seien. Hinsichtlich des Kursangebotes gelte es zu beachten, dass man 20.000 zuschussfähige Unterrichtsstunden benötige, um den Landeszuschuss i.H.v. 200.000 Euro zu erhalten.

Bezüglich einer Aufgabenkritik bei den Kursen, die gerechtfertigt sei, sei durch die Leitung der VHS dargelegt worden, dass in vielen Kursen höhere Einnahmen als die Dozenten honorare generiert würden. Kürze man nun pauschal an solchen Kursen, riskiere man, dass der Zuschussbedarf hinsichtlich der Fixkosten steige.

Hier habe die die VHS Leitung die Aufgabe zu prüfen, inwiefern das Angebot eingeschränkt werden könne. Durch das Ausscheiden zweier Mitarbeiter im Jahr 2014 und weiterer zwei Mitarbeiter im Jahr 2015, von denen jeweils nur eine Stelle wiederbesetzt werde, gehe eine Reduzierung des Angebotes einher um eine kleinere, aber leistungsfähige VHS zu erhalten.

Kürze man nun pauschal 30.000 Euro an Dozenten honoraren, so könne man dieses Ziel bei gleich bleibenden Fixkosten nicht erreichen. Es sei glaubhaft durch die Leitung der VHS versichert worden, dass gerade die als Luxus bezeichneten Kurse zur Einnahmeverbesserung der VHS beitragen. Für das kommende Wintersemester könne man allerdings durchaus schon eine Reduzierung verlangen. Beigeordneter Knopp befürwortet das Anbringen eines Haushaltsvermerks.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verdeutlicht, dass der von ihm vorgeschlagene Sperrvermerk, für den Fall dass der Antrag auf Rücknahme der Mittelkürzung beschlossen werden sollte, nur aufgehoben werde, wenn die Leitung der VHS ein überzeugendes Konzept zur mittelfristigen Haushaltskonsolidierung vorlege. Er bittet darum, diese Sache im Konsens zu beschließen.

Rm Scherhag (CDU) stellt dar, seine Fraktion möchte bei dem Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses verbleiben, da man durchaus auch jetzt bzw. zum neuen Semester schon Möglichkeiten zur Anpassung der Kostenstruktur sehe.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer fragt nach, woraus die nicht gebundenen Maßnahmen i.H.v. 331.000 Euro sich zusammensetzen. Bisher seien nur Argumente genannt worden, dass alles gebunden sei.

Beigeordneter Knopp erläutert, dass es sich dabei um Sach- und Dozentenkosten für Kurse handele, die nicht vom Weiterbildungsgesetz abgedeckt seien. Es sei zu berücksichtigen, dass durch diese Kurse auch Einnahmen entstünden.

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Rücknahme des Beschlusses zur Kürzung der Mittel für die VHS um 30.000 Euro ohne vorherige Prüfung wird, ergänzt um den Sperrvermerk, dass die Mittel erst nach Vorliegen eines überzeugenden mittelfristigen Konsolidierungskonzeptes freigegeben werden, mehrheitlich mit 21 Ja-Stimmen bei 16 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen angenommen.

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und BIZ beantragen gemeinsam, auf den Verkauf des Flammenstabes an Rhein in Flammen zu verzichten.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) führt dazu aus, dass man auch nach Behandlung im Haupt- und Finanzausschuss und Vorlage der Antwort der Verwaltung den Antrag aufrechterhalten wolle. Zur Begründung liest sie den Antragstext vor.

Rm Lehmkuhler fragt nach der Haushaltsrelevanz dieses Antrages. Gehe es nur um ökologische Aspekte solle dies im zuständigen Ausschuss behandelt werden. Stelle man den Verkauf ein, so verzichte man allerdings auch auf eine Einnahmequelle.

Dem pflichtet Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bei.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) gibt an zu wissen, dass damit auch zur Finanzierung beigetragen werde, allerdings müsse man dies als Partner des Klimabündnisses überdenken. Sie möchte wissen, ob es möglich sei den Flammenstab noch aus der Wirtschaftlichkeitsberechnung raus zu nehmen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verneint dies. Es sei hier zwischen der umweltpolitischen und der fiskalpolitischen Dimension zu unterscheiden.

Rm Schupp (FDP) äußert, dass dieser Punkt für ihn nichts mit dem Haushalt zu tun habe und deshalb im Umweltausschuss debattiert werden müsse. Er bitte um Beendigung der Diskussion und Verzicht auf eine Abstimmung.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verweist darauf, dass der Antrag sich gegen eine Position des Wirtschaftsplanes der Koblenz-Touristik richte und dementsprechend zu behandeln sei.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke hält die Diskussion für übertrieben und verweist auf die Umweltbelastung durch das Feuerwerk an sich und die Emissionen der anreisenden Busse.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid teilt mit, dass sich die Angelegenheit, da sie für die Zukunft überprüft werden solle und die Verträge wohl schon geschlossen seien, für seine Fraktion erledigt habe.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) führt unter Bezug auf FBG-Fraktionsvorsitzenden Gniffke aus, dass man im kleinen Rahmen mit Klimaschutz beginnen müsse. Sie zieht den Antrag zurück, bittet jedoch darum, den Flammenstab für die nächsten Jahre zu überdenken.

Nachdem alle Anträge behandelt wurden erfolgt die Abstimmung über den Beschlusentwurf zum Haushalt 2012. Dieser wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FBG sowie der Verwaltung gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP, BIZ und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.